

Wir fordern für Eltern und Kinder: Lernmittelfreiheit in Bayern muss bleiben !

Liebe Familien,

als „demographische Dummheit“ kritisierten wir bereits in einer Presseerklärung den Beschluss der CSU-Landtagsfraktion vom 23. September, Eltern zusätzlich mit Ausgaben für Schulbücher zu belasten. Angesichts des dramatischen Geburtendefizits in Bayern wäre es **verheerend, den wirtschaftlichen Druck auf Mütter und Väter zu erhöhen**. Mit solchen Maßnahmen werden immer mehr junge Paare vom Ja für Kinder abgeschreckt und bevölkerungspolitische Probleme verschlimmert.



Aus Sicht von Familienbund/Elternschaft im Erzbistum Bamberg sind **alle Bürger auf eine gut gebildete nachwachsende Generation angewiesen**. Darum kann nicht verstanden und akzeptiert werden, dass Eltern neben steuerlichen Beiträgen zu den Staatsfinanzen (und ihrem Hauptanteil am Erhalt der sozialen Sicherungssysteme) noch weitere Opfer bringen sollen. Außer Zusatzaufwendungen für Lernmittel an Schulen möchte Bayern bekanntlich auch Hochschulen durch Sonderbelastungen der Familien finanzieren. Dazu wird die Einführung von Studiengebühren erwogen, die von den finanziell abhängigen Studierenden wohl kaum gezahlt werden können, sondern wiederum auf deren Eltern durchschlagen. Der Freistaat hat zudem das Landeserziehungsgeld im laufenden Jahr empfindlich gekürzt und beabsichtigt neue Einschnitte.

Elternschaft muss endlich attraktiver werden. Es darf keine verkappten „Kinderstrafsteuern“ in Form von Lernmittelzahlungen oder Studiengebühren geben. Wer dies anstrebt, verschärft die demographische Krise und gefährdet die Stabilität unserer Gesellschaft.

Bitte unterstützen Sie unsere Protestaktion mit einem eigenen Beschwerdebrief oder durch Verwendung des nachfolgenden Kurzschreibens (ausgeschnitten in einem Umschlag oder geklebt auf eine Postkarte) an

**Bayerische Staatskanzlei – Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München**



Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber,
ganz im Gegensatz zu Ihrer Regierungserklärung vom 6. November 2003 mit klarer Prioritätensetzung für Familien und Bildung („Wir investieren in die Familien. Bayern soll Familienland Nr. 1 werden.“ / „Wir investieren in exzellente Bildung auf internationalem Niveau. Bayern soll mit seinen Schulen in zehn Jahren unter den ersten fünf Spitzenländern in der Weltrangliste stehen.“) hat die CSU-Landtagsfraktion ein knappes Jahr später die Abschaffung der Lernmittelfreiheit beschlossen. Wir fordern den Verzicht auf diese kinder- und elternfeindliche Maßnahme und erwarten stattdessen die konsequente Umsetzung Ihrer Versprechen. Die Förderung von Familie und Bildung stärkt die Zukunftsfähigkeit der gesamten Gesellschaft und darf nicht nach Kassenlage entschieden werden!

Mit freundlichen Grüßen und der Bitte um Antwort

.....
(Name und Anschrift)

